

Ethnische soziale Bewegungen

Ulrich Morenz

Kolumbien: Land der Gegensätze

Während die meisten lateinamerikanischen Staaten von den 1960er bis in die 1980er Jahre diktatorisch oder zumindest stark autoritär regiert wurden, vermittelte die politische Elite des Landes ein Bild demokratischer Stabilität. Diese wurde durch eine "friedvolle" Machtteilung im Rahmen der Nationalen Front (*Frente Nacional*) ermöglicht. Die Vorstellung von Kolumbien als einer der ältesten Demokratien der Subregion steht jedoch im Kontrast zur exklusiv gestalteten politischen Teilhabe und der immer wiederkehrenden Gewalt. Hinsichtlich der Ausstattung mit natürlichen Ressourcen ist Kolumbien ein reiches Land. Von diesem Reichtum profitieren aber längst nicht alle Gruppen der Gesellschaft; vielmehr ist das Land von einer krassen sozioökonomischen Ungleichheit geprägt. Obwohl ein progressiver Verfassungstext Kolumbien als sozialen Rechtsstaat definiert, ist das Land in Wirklichkeit von Kontrasten und Spannungen geprägt, die durch die Logik des auf Ressourcenextraktion ausgerichteten neoliberalen Entwicklungsmodells verstärkt werden (Murillo 2014: 151-152).

Zu keiner Zeit vermochte es der kolumbianische Staat in ausreichendem Maße, auf gesellschaftlichen Konsens ausgerichtete Werte und Normen zu gestalten (Archila Neira 2006: 10). Vielmehr wurden damit verbundene soziale Konflikte meist repressiv mit staatlichen und zunehmend privatisierten Formen von Gewalt unterdrückt. An dieser Stelle lässt sich eine weitere Widersprüchlichkeit ausmachen: Trotz der systematisierten Gewalt – häufig gegen die ohnehin stark marginalisierten Bereiche der Bevölkerung – haben sich innerhalb der kolumbianischen Zivilgesellschaft diverse Strukturen herausgebildet, die in diesen "widrigen Kontexten" (Jens 2013) Resistenz erlauben und auf die Transformation sozialer Realitäten abzielen. Mit Recht muss hier gefragt werden, wie sich soziale Bewegungen in einem derart militarisierten Umfeld ausbilden können. Wie lässt sich ziviler Widerstand dauerhaft aufrechterhalten, wenn der Raum für widerständiges öffentliches Handeln geschlossen zu sein scheint und

Aktivistinnen und Aktivisten gezielt bedroht und selektiv getötet werden? Zweifellos wirken bewaffnete Konflikte wesentlich auf soziale Strukturen zurück und können das Sozialgefüge einer Gesellschaft zerstören (Kurtzbach 2009: 452). Die Zahl von etwa sieben Millionen Binnenvertriebenen als Folge des Krieges in Kolumbien verdeutlicht diesen Befund (UNHCR 2016: 30). Dennoch haben sich bis heute vielerorts, trotz oder gerade aufgrund des verheerenden Wirkens der verschiedenen bewaffneten Akteure, kollektiv organisierte Strategien des pazifistischen Empowerments herausgebildet. Insbesondere im ruralen Raum scheint die Gewalt so stark verankert zu sein, dass sie also soziale und politische Organisation nicht nur durchdringt oder verhindert, sondern auch entstehen lässt (Zibechi 2012: 166).

In den ländlichen Gebieten Kolumbiens ist heute der Widerstand der indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung besonders präsent. Obwohl die offiziell insgesamt 87 indigenen Ethnien laut dem letzten nationalen Zensus von 2005 lediglich 3,4 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, können die Indigenen auf eine durchaus bemerkenswerte Mobilisierungsgeschichte zurückblicken. Auf Grundlage der gleichen Volkszählung wurden etwa vier Millionen Menschen bzw. gut 10 % der Gesamtbevölkerung als „afrokolumbianisch“ kategorisiert, während andere Schätzungen von einem Bevölkerungsanteil von 15-35 % ausgehen (Dixon 2008: 186). Die afrokolumbianischen Gemeinden gelten im Vergleich zu indigenen Bewegungen zwar als weniger organisiert, ihre Kämpfe scheinen sich in den letzten Jahren jedoch zu verstetigen (Helfrich 2009: 100; Velasco Jaramillo 2014: 147).

Kolumbien: Land der Regionen

Peter Wade hebt die gängige Vorstellung von Kolumbien als „Land der Regionen“ als entscheidenden Umstand hervor, um die Mobilisierungsprozesse der ethnischen Bewegungen richtig verorten zu können. Gemeint ist die gedachte Aufteilung des Landes in verschiedene, stark mit stereotypisierten Assoziationen aufgeladene Zonen – etwa die zentrale Andenregion als fortschrittlich, mestizisch und „weiß“ oder die Pazifikregion als rückständig und überwiegend „schwarz“ bevölkert. Regionen, die mit indigener oder afrokolumbianischer Bevölkerung zusammengedacht werden, seien oft sozioökonomisch marginalisiert und vom Zugang zu poli-

tischer Macht stärker abgeschnitten. Diese *racialized geography* habe demnach die Fortsetzung der Vernachlässigung dieser Regionen zur Folge und kann ferner hilfreich sein, will man die „selektive Stärke“¹ des kolumbianischen Staates begründen (Wade 2012: 137-138). Solche Zuschreibungen eröffnen allerdings auch Chancen für ethnische Bewegungen: „At the same time, the status of particular regions as the country’s ‘black’ [or indigenous] territories opens avenues for political mobilization and racial-ethnic identification around issues that affect those areas“ (Wade 2012: 138). Der Rückgriff auf und die Ausformung von Ethnizität ist hierbei wirkungsmächtige politische Ressource für diese Bewegungen (Büschges 2015: 110). Auf diese Weise wird die Konstruktion oppositioneller Identitäten erleichtert und die Anerkennung politischer Forderungen erfährt gegebenenfalls Legitimation.

Ethnische Organisationsprozesse bis 1991 im Überblick

Bereits die spanische Krone etablierte ein Reservatssystem (*resguardos*), das es Indigenen ermöglichte, innerhalb bestimmter Territorien partikulares Recht zu praktizieren und diese Gebiete selbst zu verwalten. Im Zuge von Privatisierungsprozessen nach der Unabhängigkeit Kolumbiens wurde die indigene Bevölkerung jedoch vielerorts ihres Landes beraubt (Trojan 2015: 14-15). Widerständige Reaktionen formierten sich im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts zunächst im Departamento del Cauca im Südwesten des Landes. Unter der Führung von Manuel Quintín Lame begann die als *Quintinada* bekannte indigene Bewegung für kulturellen Erhalt und die Verteidigung der *resguardos* einzutreten. Neben Landbesetzungen griff die Bewegung auf juristische Strategien zurück. Lame identifizierte das Recht als zentrales Element für die Diskriminierung der Indigenen in Kolumbien und begann die koloniale und die republikanische Gesetzgebung zu studieren und anzuwenden – eine Taktik, die sich schnell indigene Gruppen in anderen Teilen des Landes aneigneten und die Einzug in deren

1 Archila Neira argumentiert, dass im Falle Kolumbiens die schlichte Annahme eines „schwachen“ oder „abwesenden“ Staates nicht ausreiche. Eine derartige Betrachtung greife u.a. deshalb zu kurz, da in einigen Gegenden (v.a. urbane) die materielle und immaterielle staatliche Präsenz sehr stark, in anderen Regionen jedoch nicht oder kaum spürbar sei. Aus diesem Grund spricht er von „unterschiedlicher und ungleicher Präsenz“ und einer „selektiven Stärke“ (*fortaleza selectiva*) des kolumbianischen Staates (Archila Neira 2006: 12-13).

Widerstandstraditionen und historische Interpretationen hielt (Benavides Vanegas 2012: 63-65).

Eine der auch heute noch wichtigsten indigenen Organisationen wurde 1971 mit dem *Consejo Regional Indígena del Cauca* (CRIC) gegründet. Vorangegangen waren eine gescheiterte Landreform zu Beginn der 1960er Jahre und der erfolglose Versuch bäuerlicher Gewerkschaften, die Indigenen der Region zu organisieren. Der CRIC betonte hingegen die doppelte Diskriminierung als Bauern und als Indigene und bildete unter partiellem Rückgriff auf die Forderungen der *Quintinada* einen stark ethnischen Bewegungsdiskurs aus. Über die Vereinigung der regionalen *cabildos* – als politische Verwaltungsautoritäten der *resguardos* – und der in den ersten Jahren sehr erfolgreichen Rückgewinnung usurpierten Landes sollte der Marginalisierung der indigenen Bevölkerung im Cauca entgegengewirkt werden (Rappaport 2009: 109). Nach ähnlichem Muster entstand rasch eine Vielzahl weiterer regionaler indigener Bewegungsorganisationen. Ohne die geschaffenen Strukturen auf lokaler Ebene aufzugeben, schlossen sich 1982 Teile der Bewegungen zur *Organización Nacional Indígena de Colombia* (ONIC) zusammen. Die ONIC vertritt bis heute Anliegen der Indigenen auf nationaler und internationaler Ebene (Helfrich 2009: 92).

Zunehmende staatlich organisierte Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Resistenz ab dem Ende der 1970er Jahre, die Drogenwirtschaft als dynamisierender Faktor des Konflikts sowie die damit verbundene Verschärfung der Gewalt im ländlichen Raum engten den Aktionsradius des zivilen Bewegungshandelns ein. In den indigenen Territorien des Cauca operierten inzwischen alle Guerillagruppen sowie paramilitärische Verbände (Helfrich 2009: 93). In diesem Kontext formierte sich 1984 der *Movimiento Armado Quintín Lame* (MAQL) als bewaffnete Form indigener Selbstverteidigung. Wenn andere bewaffnete Akteure mobilisierten, vermochte es der MAQL jedoch kaum, der Schutzfunktion für die indigenen Gemeinden nachzukommen. Nach anfänglicher Nähe distanzierte sich der CRIC vom MAQL, auch weil die Gruppe schrittweise von der Guerillaorganisation *Movimiento 19 de Abril* (M-19) vereinnahmt wurde und der ethnische Charakter des bewaffneten Widerstandes sukzessive verloren ging. 1990 wurde der MAQL demobilisiert und spielte eine Schlüsselrolle in der verfassungsgebenden Versammlung, die 1991 zur Anerkennung umfangreicher konstitutioneller indigener Rechte führte (Benavides Vanegas 2012: 68-69).

Das Jahr 1991 hatte auch für die afrokolumbianische Bevölkerung und ihre sozialen Bewegungen Zäsurcharakter. In der neuen Verfassung wurde die Grundlage für das zwei Jahre später implementierte *Ley 70* geschaffen. Das Gesetz beinhaltet Regelungen zur Ausweitung der Rechte der afrokolumbianischen Gemeinden (*comunidades negras*) und erlaubt ihnen kollektiven Landbesitz sowie die autonome Verwaltung eigener Territorien (Oslender/Agnew 2013: 131).

Bis zu diesem Zeitpunkt wird den afrokolumbianischen sozialen Bewegungen eine relativ geringe Mobilisierungskapazität attestiert und diese Schwäche stark mit dem Phänomen der *invisibilidad* (Unsichtbarkeit)² in Verbindung gebracht. Afrokolumbianische ethnische Bewegungen sind jedoch kein neues Phänomen der 1990er Jahre. Inspiriert durch das Erstarren der indigenen Bewegungen der Zeit und durch Persönlichkeiten wie Martin Luther King oder Malcolm X wurde ab den 1970er und 1980er Jahren die Ausbildung des afrokolumbianischen Widerstands konkreter. In dieser Phase waren es v.a. schwarze Studierende, die ausgehend von den urbanen Zentren begannen, rassistische Praktiken und Ideologien zu dekonstruieren und herauszufordern (Dixon 2008: 188). 1975 entstand auf Initiative des afrokolumbianischen Aktivisten Amir Smith Córdoba in Bogotá das *Centro para la Investigación de la Cultura Negra*, welches die Zeitung *Presencia Negra* verlegte. Im gleichen Jahr gründeten Studierende in Pereira die Gruppe *Soweto*, aus der 1982 in Buenaventura *Cimarrón* hervorging – eine der heute noch einflussreichsten afrokolumbianischen Bewegungsorganisationen. Im Kern des Aktionsrepertoires dieser Organisationen standen Maßnahmen zur ethnischen Bewusstseinsbildung. Über Publikationen zu afrokolumbianischer Geschichte und weitere Bildungsangebote wurde versucht, für eigene Schicksale in Diskriminierung und Marginalisierung zu sensibilisieren. Damit konnte die ethnische Auto-identifikation als “schwarz” erhöht werden (Wade 2012: 139-140). An der

2 Die schwarze Bevölkerung wurde im herrschenden nationalen Diskurs nie völlig ausgeblendet, denn der Verweis auf die Existenz der Afrokolumbianer war für die Eliten im Land zentral, um das Bild einer vermeintlichen Überlegenheit und Modernität der “aufgeweihten” Mestizennation zu vermitteln. Das Phänomen der *invisibilidad* beschreibt vielmehr die Tatsache, dass Afrokolumbianer gesellschaftlich nicht als ernstzunehmende Subjekte wahrgenommen wurden und sie einen stark untergeordneten Rang in den kulturellen und sozialen Hierarchien des Landes einnahmen (Wade 2012: 150). Dies führte, zusammen mit der Tatsache, dass Afrokolumbianer vor den konstitutionellen Reformen der 1990er Jahre praktisch keine Rechtspersönlichkeit hatten, zu ihrer Konstruktion als *noncitizens* (Dixon 2008: 187).

Pazifikküste, etwa im Departamento del Chocó, wo die afrokolumbianische Bevölkerung 80-90 % ausmacht, bildete sich in den 1980er Jahren eine Bewegung aus, die es vermochte, das Thema ethnischer Territorialität verstärkt auf die nationale politische Agenda zu heben. Regionale Organisationen wie die *Asociación Campesina Integral del Atrato* (ACIA) standen mit Unterstützung der indigenen *Organización Regional Embera-Wounaan* (OREWA) erfolgreich für die Verteidigung afrokolumbianischer Territorialitäten ein (Velasco Jaramillo 2014: 137-138).

Vom verfassunggebenden Prozess ab dem Jahr 1990 blieb die schwarze Bevölkerung zunächst jedoch vollständig ausgeschlossen. Die Existenz einer weiteren ethnischen Minderheit neben der indigenen Bevölkerung Kolumbiens wurde von staatlichen Behörden negiert. Der vorangegangene Kampf gegen die politische und kulturelle *invisibilidad* hatte jedoch Spuren hinterlassen und führte, zusammen mit massiver Lobbyarbeit durch Organisationen wie *Cimarrón*, im letzten Moment schließlich doch zur Berücksichtigung afrokolumbianisch-ethnischer Anliegen in der neuen Verfassung – Voraussetzung für die Implementierung des *Ley 70* von 1993 (Dixon 2008: 187).

Umkämpftes Terrain: Territoriales Recht, Gewalt und Neoliberalismus

Das multikulturelle Verfassungsdesign von 1991 verpflichtet den kolumbianischen Staat, die kulturelle und ethnische Diversität des Landes anzuerkennen und zu schützen. Ethnischen Minderheiten wurden umfangreiche Rechte innerhalb eigener Territorien zugeschrieben. Gleichwohl ist die Bilanz im Hinblick auf die Verfassungswirklichkeit für die indigene und afrokolumbianische Bevölkerung ambivalent.

Neben der umfangreichen Vergabe von Land an indigene und afrokolumbianische Gemeinden, ermöglichte der neue Rechtskorpus ihren sozialen Bewegungen Postulate ethnischer Differenz besser im öffentlichen Raum zu platzieren, ihre Kämpfe in universalistische Kontexte einzubetten und diese auch auf die Agenda internationaler Politiken zu heben (Benavides Vanegas 2012: 63-65). Im Rahmen des Kampfes um die Implementierung des verfassungsrechtlich vorgesehenen *Ley 70* kam es zu einem Anstieg (ländlicher) afrokolumbianischer Mobilisierung und einer Vervielfältigung ihrer Organisationen. Vor diesem Hintergrund entstand

auch der *Proceso de Comunidades Negras* (PCN), ein kraftvolles Netzwerk mit regionalem Schwerpunkt auf der Pazifikregion, bestehend aus heute etwa 120 Organisationen (Dixon 2008: 191).

Während viele Aktivistinnen und Aktivisten im *Ley 70* ein wichtiges Werkzeug für schwarzes Empowerment sehen, erfährt es in anderen Teilen der afrokolumbianischen Bewegungen starke Kritik. Das Gesetz definiert zwar die *comunidades negras* als ethnische Gruppen, zielt jedoch im Wesentlichen auf die Bereitstellung von kollektiven Landtiteln für die rurale Bevölkerung der pazifischen Küstenregion ab und reflektiert auf diese Weise die eingangs erwähnte regionale und ethnisch verzerrte Wahrnehmung.³ Insbesondere die urbane schwarze Bevölkerung blieb von den Privilegien des *Ley 70* ausgeschlossen. Dementsprechend hatte das Gesetz eine ruralisierende Wirkung auf die afrokolumbianischen Mobilisierungen und bevorrechtete die Ethnizität und Differenz einer spezifischen Region (Wade 2012: 141-142).

In vielerlei Hinsicht wird der Verfassung zudem ein demobilisierender Effekt auf soziale Bewegungen im Land nachgesagt, bewies der neugeschaffene institutionelle Rahmen doch die Existenz inklusiver demokratischer Strukturen und brachte den Nachweis für eine hohe Responsivität des politischen Systems. Trotz der anhaltenden Rechtsbrüche des kolumbianischen Staates hemmte dieser Umstand die Legitimität zivilgesellschaftlicher Forderungen (Murillo 2014: 155). Ethnische Bewegungen änderten zudem ihr politisches Handeln. Im Falle der indigenen Bewegungen gingen traditionelle Mobilisierungsformen (z.B. Landbesetzungen, Protestmärsche) zurück und wurden verstärkt durch wenig erfolgreiche Strategien des Rechtsstreits ersetzt. Die oftmals mangelhafte Umsetzung konstitutioneller Garantien in die Praxis lässt Benavides Vanegas vom kolumbianischen *myth of rights* sprechen. Vor diesem Hintergrund wird die Verfassung als Instrument eines staatlichen Korporatismus interpretiert: “Constitutionalism became important in the development of a myth of rights as a part of the attempt to control social movements” (Benavides Vanegas 2012: 71). Organisationen wie der CRIC resignierten nach

3 Peter Wade betont, dass entgegen der vielfachen (auch akademischen) Wahrnehmung die Pazifikküste nicht Heimat der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung ist. Nur etwa ein Fünftel der Afrokolumbianer werden dort verortet, während viele in den urbanen Zentren des Landes und an der Karibikküste leben. Bevölkerungstark sind die Afrokolumbianer auch im Departamento de Antioquia – eine Region, die allgemein als eine der “weißesten” des Landes gilt (Wade 2012: 137).

einiger Zeit und begannen ab Ende der 1990er Jahre ihr Protestrepertoire wieder stärker zu diversifizieren.

Um den Charakter ethnischer Mobilisierungen in Kolumbien richtig einordnen zu können, müssen zwei weitere Spannungsfelder zwischen Verfassungslogik und gesellschaftlicher Realität offengelegt werden. Zum einen ist die Berücksichtigung der divergierenden Deutungen und Vorstellungen über die Kategorie "Land" essentiell. Während der kolumbianische Staat über die Verteilung kollektiver Landtitel spricht, fordern ethnische Bewegungen Territorium ein (Oslender 2012: 107). Dieser Interpretation geht ein Verständnis voraus, das über die physische Materialität von Land und Boden hinausreicht. Land wird nicht allein als Produktionsmittel und Nahrungsquelle verstanden (*tierra*), sondern auch als Entität, die historische, kulturelle oder mythische Elemente integriert (*territorio*). Das Territorium wird symbolisch aufgeladen und auf diese Weise zur kollektiven Identitätsressource für indigene und afrokolumbianische Bewegungen und zum entscheidenden Referenzpunkt ihrer Kämpfe (Jenss 2013: 207; Ulloa 2015: 39-40). Zum anderen stand die in der Verfassung von 1991 festgeschriebene soziale Verantwortung des Staates im Konflikt mit den Folgen der nahezu parallel forcierten neoliberalen Öffnung der kolumbianischen Wirtschaft. Umfangreiche Privatisierungspolitiken und der Abbau des ohnehin wenig ausgebildeten Sozialstaats bedeuteten katastrophale Folgen für die marginalisierten Bereiche der kolumbianischen Gesellschaft.

Gleichzeitig transformierten die makropolitischen Reformen die Produktionsstrukturen des ruralen Raums entscheidend, was eine erneute Aufweichung des konstitutionellen Rechts auf kollektiven Landbesitz nach sich zog (Archila Neira 2006: 16-17). Denn gerade afrokolumbianische und indigene Territorien sind oft von hoher geostrategischer und ökonomischer Bedeutung und gelten vielfach als Hotspots der Biodiversität. Dieser Umstand ließ die ansässige Bevölkerung und ethnische Bewegungen verstärkt ins Zentrum des Gewaltgeschehens eines in diesen Regionen ohnehin dynamisch auftretenden bewaffneten Konflikts rücken. Drogenökonomien, der monokulturelle Anbau von Ölpalmen, Bergbau oder industrielle Garnelenzucht sind klassische Beispiele für extraktive Wirtschaftssektoren, die sich in dieser Phase in ethnischen Territorialitäten ausbreiteten – oftmals illegal und durch bewaffnete Strukturen begleitet, da nur auf diese Weise durchsetzbar (Velasco Jaramillo 2014: 144-146). Mord, Terror und massive Vertreibungen etablierten sich ab Mitte der 1990er Jahre als strategische Ressourcen aller am Konflikt beteiligten

bewaffneten Akteure. Insbesondere paramilitärische Verbände, z.T. unterstützt durch staatliche Sicherheitskräfte, "bereinigten" ganze Gegenden von Menschen und öffneten auf diese Weise das Land für die kapitalistische Kommodifizierung. Große Teile der indigenen und insbesondere afrokolumbianischen Bevölkerung sind angesichts ihrer geographischen Situierung stark überproportional von solchen Vertreibungsphänomenen betroffen (Escobar 2008: 18). Aufgrund der besonderen Verbundenheit mit dem *territorio*, bedeutet Vertreibung hier nicht nur physische Verschiebung an einen anderen Ort, sondern auch identitäre Entwurzelung (*destrritorialización*) (Jenss 2013: 207).

Der Kampf um Land als Leitmotiv des kolumbianischen Konflikts manifestiert sich zudem in den multiplen "offiziellen" staatlichen Antworten auf die Einforderungen sozialer Bewegungen. Als etwa 2008 Indigene im Cauca Land besetzten, dass sie als Teil der *resguardos* beanspruchten, denunzierte der damalige Präsident Álvaro Uribe (2002-2010) die indigene Bevölkerung als "größten Landbesitzer Kolumbiens", die ihre Böden zusätzlich nicht ausreichend in Wert setzen würden. Die Rhetorik Uribes ignorierte jedoch die Tatsache, dass die Mehrheit des rechtlich zugeschriebenen Landes in der Praxis nicht umverteilt wurde und sich somit auch nicht unter der Kontrolle indigener Verwaltungsstrukturen befand. Zudem liegen große Teile der ethnischen Territorialitäten innerhalb ökologischer Schutzzonen (Velasco Jaramillo 2014: 133). Bereits 2003 wurde unter Uribes Administration das 1961 gegründete und mit der Umverteilung von Land beauftragte *Instituto Colombiano de la Reforma Agraria* (INCORA) aufgelöst und durch das *Instituto Colombiano de Desarrollo Rural* (INCODER) ersetzt. Letzteres wurde lediglich mit ca. 20% des Etats von INCORA ausgestattet (Murillo 2009: 29).

Weitere Gesetze weichten in der Folgezeit die Errungenschaften ethnischer Selbstbestimmung auf und öffneten Privatisierungen auch von kollektivem Landbesitz die Tür (Velasco Jaramillo 2014: 131). Stark in Kritik geraten ist u.a. das *Ley de Víctimas y Restitución de Tierras*. Das Gesetz von 2011 sieht die Rückgabe von Land an Vertriebene vor, laut Opferorganisationen orientiert es sich jedoch am hegemonialen ökonomischen Entwicklungsmodell. Wer tatsächlich Land zurückerhält, verpflichtet sich zur Fortführung der nach der Vertreibung begonnen Bewirtschaftung, z.B. in Form monokultureller Ölpalplantagen (Jenss 2013: 212).

Eine buchstäbliche "Gegenlandreform" fand in Kolumbien somit auf zwei sich überschneidenden Ebenen statt: Durch die Anwendung von Ge-

walt im ländlichen Raum sowie durch institutionalisierte Politik. Gleichzeitig ist es wiederum der Kontext des bewaffneten Konflikts selbst, der dem Staat (und Paramilitärs) eine entscheidende Grundlage bietet, um oppositionelle Expressionen zu delegitimieren. Forderungen sozialer und ethnischer Bewegungen wurden wiederholt kriminalisiert, als subversiv stigmatisiert und auf diese Weise in die Nähe der Aktivitäten der Guerilla gerückt (Murillo 2014: 153).

Parallel zur rechtlichen Inklusion im Rahmen des Multikulturalismus scheint die Exklusion der indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung in der Praxis also in gewohnter Weise fortzudauern, zeigte sich ab Mitte der 1990er Jahre allerdings verstärkt über verschiedene Formen der Gewalt: “It seems that making difference public and inscribing it in the law has brought with it more drastic and violent forms of disciplining difference” (Wade 2012: 150). Die Verschärfung des bewaffneten Konflikts hat viele ethnische Organisationsstrukturen zerstört, verhindert oder geschwächt. Allerdings schafften es Gemeinschaften auch, innovative Mobilisierungs- und Aktionsstrategien zu entwerfen und Solidaritätsnetzwerke aufzubauen und somit ihren Widerstand auf Dauer zu stellen.

Pazifistische Antworten und Impulse: Formen des ethnischen Widerstands

Ländliche ethnische Bewegungen in Kolumbien betten ihr politisches Handeln in eine territoriale Logik ein. Territorium ist Gegenstand und gleichzeitig sinnstiftende Quelle ihrer Forderungen – über die historische und kulturelle Konstruktion von Territorialität lässt sich Autonomie erst denken (Ulloa 2015: 41-42). So entwerfen schwarze Gemeinden an der Pazifikküste “territories of difference” (Escobar 2008). Konstruiert werden dabei Modelle territorialer Entwicklung, die sich erheblich von der Logik kapitalistischer Inwertsetzung unterscheiden. Differenz etablierten afrokolumbianische Organisationen ab Mitte der 1980er Jahre außerdem über die Mobilisierung kultureller kollektiver Erinnerungen und dem Entwurf der Pazifikregion als Ort einer gemeinsamen Geschichte der Marginalisierung (Oslender 2012: 103). Indigene Bewegungen stellen *planes de vida* (Lebenspläne) auf. Dabei handelt es sich um holistische Entwicklungsprogramme, die eigene Politiken in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder der Nutzung von Land diskutieren, auf lokaler Ebene implementieren

und auf diese Weise Selbstbestimmungsrechte im Hinblick auf kulturelle Praktiken oder den Umgang mit Umwelt und Natur einfordern (Wirpsa/Rothschild/Garzón 2009: 238-239).

Afrokolumbianische und indigene Organisationen haben außerdem eine Vielzahl an Mechanismen geschaffen, die auf den Gewaltkonflikt reagieren und auf die Relativierung seiner Folgen ausgerichtet sind. So wurden etwa direkte Kommunikationskanäle mit bewaffneten Akteuren etabliert und humanitäre Zentren errichtet, die im Falle besonders intensiver Phasen des Konfliktes Schutz bieten und auf diese Weise präventiv gegen Zwangsvertreibungen wirken können (Hernández Delgado 2009: 127-129). In den Städten entstanden eigene Strukturen zur Unterstützung von Vertriebenen, etwa die *Asociación Nacional de Afrocolombianos Desplazados* (AFRODES) (Oslender 2012: 109).

Als sehr wirksames Instrument zur Herstellung territorialer Kontrolle erweist sich seit einigen Jahren die *Guardia Indígena* (Indigene Schutzwache). 2001 im Cauca gegründet, zählt sie heute etwa 8.000 Mitglieder. Ausgestattet lediglich mit Funkgeräten und *bastón de mando*, ein aus der Chonta-Palme hergestellter Stab und sakrales indigenes Machtobjekt der Region, erfüllt sie die Funktion interner und externer Kontrolle des Territoriums sowie des Schutzes der Gemeinden und begleitet weitere Prozesse des pazifistischen Widerstands (Wirpsa/Rothschild/Garzón 2009: 234). Auf diese Weise schaffte es die indigene Bewegung des Cauca mehrfach, bewaffnete Akteure aus ihren Territorien zu vertreiben, Rekrutierungen durch die Guerilla zu verhindern oder entführte Gemeindemitglieder zu befreien (Hernández Delgado 2009: 127-129). Auch wenn die *Guardia Indígena* in einen vermeintlich lokalen indigenen Zusammenhang eingebettet ist, wird sie in anderen ethnischen Kontexten inzwischen reproduziert – was von den Indigenen des Cauca proaktiv gefördert wird. Ein Mitglied der *Guardia Indígena* berichtet:

Wir glauben, dass die *Guardia Indígena* ein Pilotprojekt für die Kontrolle des Territoriums darstellt [...]. In anderen Gemeinden – wie im Fall der *Guardia Cimarrón* – haben wir beim Aufbau der *Guardia* mitgewirkt, weil sie mit der *bastón* das Militär und die Guerilla stoppen können; und das hat man noch nirgendwo sonst auf der Welt gesehen. Die Menschen, die uns kennen, merken, dass das die beste Option ist, um Frieden zu schaffen (El Espectador, 7.5.2016, Übersetzung des Autors).

Wie das Beispiel der *Guardia Indígena* aufzeigt, ist die dezidierte Betonung des pazifistischen Charakters eigener Widerstandspraktiken im Sinne einer moralischen Überlegenheit im militarisierten Umfeld von großer Wichtigkeit für die ethnischen Bewegungsidentitäten. Interessant ist vor diesem Hintergrund die Wahrnehmung des MAQL innerhalb der heutigen indigenen Bewegung des Cauca. Die Erfahrung der eigenen Bewaffnung wird dabei im Bewegungsdiskurs nicht abgelehnt, sondern über aktive Aufarbeitung als verstärkendes Element in aktuelle Widerstandskontexte integriert. Das Niederlegen der Waffen wird vor dem Hintergrund der Probleme, die der MAQL verursachte, als Resultat eines kollektiven internen Reflektionsprozesses interpretiert (Wirpsa/Rothschild/Garzón 2009: 233). Eine solche Einordnung bedient eine klare Abgrenzungslogik gegenüber den Aktivitäten bewaffneter Akteure im Territorium und trägt auf diese Weise dazu bei, Strategien der Delegitimierung des kolumbianischen Staates entgegenzutreten.



Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung des CRIC gedenken Mitglieder der *Guardia Indígena* dem bewaffneten Widerstand des Movimiento Armado Quintín Lame. Santo Domingo, Norte del Cauca. Foto: Ulrich Morenz, März 2016.

Ethnischer Widerstand und Frieden in Kolumbien: Ein Ausblick

Der Krieg in Kolumbien hat die Beschaffenheit sozialer Bewegungen im Land wesentlich geprägt. Die Art und Weise, wie heute Kämpfe ausgetragen werden, wie Bewegungshandeln national und international wahrgenommen wird und welche Protestthemen aufgerufen werden, hat sich verändert (Murillo 2014: 153). Haben sich soziale Kämpfe lange Zeit auf "materielle" Gegenstände bezogen – etwa Einkommen, Arbeit oder Land –, werden diese heute durch Fragen von Ethnizität, Sexualität oder Geschlecht ergänzt und stärker in kulturelle Zusammenhänge gerückt (Archila Neira 2006: 26).

Kämpfe der ethnischen sozialen Bewegungen entspringen innerhalb der kolumbianischen Bewegungslandschaft meist ländlich-territorialen Kontexten. Sie beschränken sich jedoch nicht nur auf rurale Räume und sind deshalb nicht als isolierte Prozesse zu verstehen. Ihre Mobilisierungen sind in hohem Maße sichtbar und wirken auf bemerkenswerte Art und Weise über die Lebensrealitäten der jeweiligen lokalen Kontexte hinaus. Die Konstruktion von Gegenöffentlichkeiten und die Schaffung von Orten der Begegnung (Aneignung von Medien, Treffen auf nationaler und internationaler Ebene) erlauben dabei den verstärkten Austausch von Erfahrungen und führen zu gegenseitigen Lernprozessen (Hernández Delgado 2009: 127). Auf dieser Grundlage haben indigene und afrokolumbianische Bewegungen wiederholt Handlungsvorschläge für die Konstruktion einer friedlicheren und gerechteren Gesellschaft unterbreitet. Prozesse des pazifistischen Widerstands zeigen auch immer Szenarien lokaler Friedenskonstruktionen auf, die Alternativen für eine ursachenorientierte Lösung der Gewalt in Kolumbien anbieten. Begrenzte Möglichkeiten zur politischen Partizipation oder Situationen sozioökonomischer und kultureller Marginalisierung werden als direkte oder indirekte Folge, aber auch als Wurzel des bewaffneten Konflikts betrachtet.

Ein dauerhafter Frieden scheint in Kolumbien in der Tat nicht möglich, ohne das dominierende ökonomische Entwicklungsmodell zu hinterfragen. Durch ihre alternativen Konzeptionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben die ethnischen sozialen Bewegungen solche scheinbar nicht streitbaren Themen wieder repolitisiert und auf diese Weise zur gesellschaftlichen Demokratisierung beigetragen.

Auch während der Friedensverhandlungen (2012-2016) zwischen der kolumbianischen Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos und den

Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) haben indigene und afrokolumbianische Organisationen eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft gefordert und wiederholt herausgestellt, dass der erfolgreiche Abschluss des Verhandlungsprozesses nicht mit dem Ende des bewaffneten Konflikts gleichzusetzen sei. Trotzdem fanden im Vorfeld des im Oktober 2016 realisierten Plebiszits über die Friedensverträge starke Mobilisierungen zur Annahme des Abkommens statt, das als notwendige Vorbedingung für den Weg hin zu einer gerechteren Gesellschaft betrachtet wurde. Während eine knappe Mehrheit der kolumbianischen Wähler die Implementierung der Verträge schließlich ablehnte, wurden in Regionen mit hohem afrokolumbianischem oder indigenem Bevölkerungsanteil die Abkommen oftmals mit deutlicher Mehrheit angenommen. Beispielsweise stimmten im Chocó 79,76% für die Annahme; im Cauca waren es 67,39% (INDEPAZ 2016).

Literatur

- ARCHILA NEIRA, Mauricio (2006): "Los movimientos sociales y las paradojas de la democracia en Colombia". In: *Controversia*, 186, S. 10-31.
- BENAVIDES VANEGAS, Farid Samir (2012): "Indigenous Resistance and the Law". In: *Latin American Perspectives*, 39, 1, S. 61-77.
- BÜSCHGES, Christian (2015): "Politicizing Ethnicity – Ethnicizing Politics. Comparisons and Entanglements". In: University of Cologne Forum "Ethnicity as a Political Resource" (Hg.): *Ethnicity as a Political Resource: Conceptualizations across Disciplines, Regions, and Periods*. Bielefeld: Transcript, S. 107-116.
- DIXON, Kwame (2008): "Transnational Black Social Movements in Latin America. Afro-Colombians and the Struggle for Human Rights". In: Stahler-Sholk, Richard/Vanden, Harry E./Kuecker, Glen David (Hg.): *Latin American Social Movements in the Twenty-First Century. Resistance, Power, and Democracy*. Lanham: Rowman & Littlefield, S. 181-195.
- El Espectador* (7.5.2016): "La Guardia Indígena en medio del fuego". <<http://www.elespectador.com/noticias/nacional/viaje-al-corazon-del-cauca-donde-guardia-indigena-vive-articulo-631193>> (03.01.2017).
- ESCOBAR, Arturo (2008): *Territories of Difference. Place, Movements, Life, Redes*. Durham: Duke University Press.
- HELFRICH, Linda (2009): "Zwischen Staat und Gewaltakteuren. Soziale Bewegungen in Kolumbien". In: Mittag, Jürgen/Ismar, Georg (Hg.): *¿"El pueblo unido"? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 81-107.

- HERNÁNDEZ DELGADO, Esperanza (2009): "Resistencia para la paz en Colombia. Experiencias indígenas, afrodescendientes y campesinas". In: *Revista Paz y Conflictos*, 2, S. 117-134.
- INDEPAZ (Instituto de estudios para el desarrollo y la paz) (2016): "El resultado del plebiscito en cifras y mapas". <<http://www.indepaz.org.co/wp-content/uploads/2016/10/el-resultado-del-Plebiscito-en-cifras.pdf>> (03.01.2017).
- JENSS, Alke (2013): "Widriger Kontext, vielfältige Antworten: kolumbianische Bewegungen im Ringen um emanzipatorische Räume". In: Ehlers, Torben (Hg.): *Soziale Proteste in Lateinamerika. Bolívars Erben im Kampf um Eigenmacht, Identität und Selbstbestimmung*. Hamburg: Argument-Verlag, S. 200-228.
- KURTENBACH, Sabine (2009): "Zivile Mittel gegen Krieg, Terror und Gewalt. Zivilgesellschaftliche Akteure und Peace-building in Lateinamerika". In: Mittag, Jürgen/Ismar, Georg (Hg.): *¿"El pueblo unido"? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 445-462.
- MURILLO, Mario A. (2009): "Embattled Cauca: A New Wave of Violence and Indigenous Resistance". In: *NACLA Report on the Americas*, 42, 4, S. 25-29.
- (2014): "Introduction. Colombia's Countercurrent: Historical Paradoxes of a Democracy in Crisis". In: Ross, Clifton/Rein, Marcy (Hg.): *Until the Rulers Obey. Voices from Latin American Social Movements*. Oakland: PM Press, S. 151-158.
- OSLENDER, Ulrich (2012): "The Quest for a Counter-Space in the Colombian Pacific Coast Region. Toward Alternative Black Territorialities or Co-optation by Dominant Power?". In: Rahier, Jean (Hg.): *Black Social Movements in Latin America. From Monocultural Mestizaje to Multiculturalism*. New York: Palgrave Macmillan, S. 95-112.
- OSLENDER, Ulrich/AGNEW, John (2013): "Overlapping Territorialities, Sovereignty in Dispute. Empirical Lessons from Latin America". In: Nicholls, Walter/Beaumont, Justin/Miller, Byron A. (Hg.): *Spaces of contention. Spatialities and Social Movements*. Farnham: Ashgate, S.121-140.
- RAPPAPORT, Joanne (2009): "Civil Society and the Indigenous Movement in Colombia. The Consejo Regional Indígena del Cauca". In: Fischer, Edward F. (Hg.): *Indigenous Peoples, Civil Society, and the Neo-Liberal State in Latin America*. New York: Berghahn Books, S. 107-123.
- TROYAN, Brett (2015): *Cauca's Indigenous Movement in Southwestern Colombia. Land, Violence, and Ethnic Identity*. Lanham: Lexington Books.
- ULLOA, Astrid (2015): "Territorialer Widerstand in Lateinamerika". In: *Perspectivas Lateinamerika. Politische Analysen und Kommentare*, 1, S. 39-42.
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) (2016): "Global Trends. Forced Displacement in 2015". <<http://www.unhcr.org/576408cd7.pdf>> (29.10.2016).
- VELASCO JARAMILLO, Marcela (2014): "The Territorialization of Ethnopolitical Reforms in Colombia. Chocó as a Case Study". In: *Latin American Research Review*, 49, 3, S. 126-152.
- WADE, Peter (2012): "Afro-Colombian Social Movements". In: Dixon, Kwame/Burdick, John (Hg.): *Comparative Perspectives on Afro-Latin America*. Gainesville: University of Florida Press, S. 135-155.

WIRPSA, Leslie/ROTHSCHILD, David/GARZÓN, Catalina (2009): "The Power of the Bastón. Indigenous Resistance and Peacebuilding in Colombia". In: Bouvier, Virginia M. (Hg.): *Colombia. Building Peace in a Time of War*. Washington, D.C.: United States Institute of Peace, S. 225-242.

ZIBECHI, Raúl (2012): *Territories of Resistance. A Cartography of Latin American Social Movements*. Oakland: AK Press.